

Gericht erlaubt pro-palästinensischen Aufzug: Nakba 77 zieht durch Berlin!

Das Verwaltungsgericht Berlin erlaubt die pro-palästinensische "Nakba 77"-Demo am 15. Mai 2025 als Aufzug, trotz Polizeibedenken.



Berlin, Deutschland - Am 15. Mai 2025 wird in Berlin die pro-palästinensische Demonstration unter dem Motto „Nakba 77“ als Aufzug vom Südstern nach Neukölln stattfinden. Dies entschied das Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren und wies damit eine Auflage der Polizei zurück, die die Veranstaltung nur als ortsfeste Kundgebung genehmigen wollte. Diese Entscheidung verdeutlicht die laufenden Debatten um die Versammlungsfreiheit in Deutschland und die Herausforderungen, die daran geknüpft sind.

Die Polizei hatte ursprünglich die Einschränkung mit Erfahrungen aus der Vergangenheit begründet, laut denen pro-palästinensische Aufzüge häufig mit Störungen und Gewalt

einhergegangen seien. Genauer gesagt, argumentierte die Polizei, dass ortsfeste Kundgebungen in der Regel störungsfreier verlaufen. Das Gericht hielt diese Argumentation jedoch für nicht ausreichend belegt und stellte fest, dass auch ortsfeste Versammlungen nicht zwangsläufig friedlicher sind. So wurde ein Vorfall aus dem Februar angeführt, bei dem eine pro-palästinensische Kundgebung aufgelöst wurde, obwohl sie stationär war.

Richterliche Entscheidung und deren Auswirkungen

Das Gericht erkannte an, dass die Versammlungsfreiheit das Recht schützt, die Form einer Demonstration selbst zu wählen. Die Richter argumentierten, dass die Annahmen der Polizei nicht hinreichend belegt waren und dass intensivierete Begleitmaßnahmen der Polizei während des Aufzugs ausreichen würden, um mögliche Störer zu kontrollieren. Demnach sei die geplante Einschränkung der Polizei als unverhältnismäßig einzustufen.

Gegen das Urteil kann beim Oberverwaltungsgericht Beschwerde eingelegt werden, was den Rechtsstreit um die Versammlungsfreiheit in Deutschland noch weiter intensivieren könnte. Dies ist nicht das erste Mal, dass die Einschränkungen von Protesten in Deutschland und Europa in den Fokus geraten. Laut einem Bericht von Liberties wurden seit 2023 die Rechte auf friedliche Proteste in mehreren europäischen Staaten, insbesondere bei pro-palästinensischen und Klima-Demonstrationen, stark eingeschränkt.

Kontext der Versammlungsfreiheit in Europa

Die Einschränkungen des Demonstrationsrechts sind in Mitteldeutschland und der gesamten EU ein zunehmend brisantes Thema. Die Regierungen vieler europäischer Länder

haben Maßnahmen ergriffen, um Demonstrationen zu regulieren oder sogar zu verbieten. Diese Praxis, die häufig als repressiv betrachtet wird, hat zu einer intensiven juristischen Auseinandersetzung geführt. In einigen deutschen Städten wurden pauschale Verbote für pro-palästinensische Versammlungen ausgesprochen; einige Gerichte erklärten diese Verbote für rechtswidrig, während andere sie bestätigten. Zudem behandelt ein Gesetzentwurf in Belgien die Einführung eines Straftatbestands, der direkt auf die Aktivitäten von Klimaaktivisten abzielt.

Die Situation ist alarmierend, da sie das grundlegende Recht auf Versammlungsfreiheit in Frage stellt, das als essenzieller Bestandteil demokratischer Gesellschaften gilt. Friedliche Versammlungen bieten den Bürgern eine Plattform, um ihre Meinungen öffentlich zu äußern und politische Anliegen zur Sprache zu bringen. Vor diesem Hintergrund zieht die bevorstehende Demonstration am 15. Mai die Aufmerksamkeit auf die anhaltenden Spannungen zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und der öffentlichen Sicherheitspolitik.

Die Entscheidungen von Verwaltungsgerichten, wie die jetzige, sind entscheidend für die Wahrung von Grundrechten und stellen einen bedeutenden Schritt in der Auseinandersetzung um die Rolle der Polizei und des Staates im Umgang mit Demonstrationen dar. Viel wird davon abhängen, wie die Gerichte in Zukunft weiterhin mit diesen sensiblen Themen umgehen und ob sie eine Balance zwischen Sicherheit und den Rechten der Bürger finden können.

Zusammenfassend bleibt zu beobachten, wie sich die Situation für die Demonstrierenden und die Polizei am Tag der Versammlung ändern wird, und ob es weitere juristische Herausforderungen geben wird.

Vorfall	Demonstration
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.rbb24.de• www.berlin.de• www.liberties.eu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de